

Uniweite Vollversammlung am 13.01.2004

Beschluß der uniweiten Vollversammlung am 13. Januar 2004:

Jetzt erst recht: Kritische Wissenschaft und Bildung für Alle!

Der Hamburger CDU-FDP-Schill-Senat ist gestürzt. Für eilfertigen Gehorsam seitens der Universität gegenüber dem Senat gibt es nicht mal mehr scheinbar eine Grundlage. Für die Studierendenschaft ist dies eine erfreuliche Herausforderung, ihre Proteste gegen die neoliberale Politik fortzusetzen und auszubauen: Die politisch Verantwortlichen müssen massiv unter Druck gesetzt werden, so daß aus dem Regierungswechsel auch ein Politikwechsel wird.

Wir wollen diese Möglichkeit nutzen, uns den Bestrebungen nach einer Ökonomisierung und Entdemokratisierung der Hochschulen auch in Hamburg entgegenzustellen und unsere Forderungen in die Öffentlichkeit tragen, um eine andere – sozial gerechte, demokratische und für alle Menschen nützliche – Bildung und Forschung zu erwirken.

Entsprechend der Resolution der uniweiten studentischen Vollversammlung vom 15.05.2002 fordern wir:

- **Staatliche und bedarfsdeckende Hochschulfinanzierung** statt Privatisierung;
- **Soziale Absicherung der Studierenden** statt Studiengebühren;
- **Bildung für Alle** statt Konkurrenz und Elitenbildung (z.B. durch Zugangsbeschränkungen und restriktive Bachelor/Masterstudiengänge und Eliteunis);
- **Freiheit von Forschung und Lehre** statt Gängelung durch Sanktionen und Streichungen (z.B. Abbau von Stellen und Studienplätzen, Streichung von Fächern, Kürzungen beim Studentenwerk und Abwicklung der HWP)
- **Bildung und Wissenschaft in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung** statt Dienstleistungs- und Verwertungsorientierung;
- **Schaffung von Grundlagen für eigenständige Studiengestaltung** durch inhaltliche Orientierung und Transparenz der Studiengänge statt Formalisierung des Studiums durch z.B. Zwangsberatungen und Credit-Points;
- **Demokratische Mitbestimmung** auf allen Ebenen statt hierarchischer Managementstrukturen

Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, werden wir **ab Mittwoch [den 14. Januar 2004] einen uniweiten Streik durchführen**. Zusätzlich werden wir weiterhin mit verschiedenen kontinuierlichen Aktivitäten (z.B. Besuch im Akademischen Senat, Besuch von Wahlkampfveranstaltungen) unsere Positionen öffentlichkeitswirksam zur Geltung bringen und uns gleichzeitig in alternativen Seminaren und Veranstaltungen mit sinnvollen Bildungskonzepten auseinandersetzen und unsere Kritik und Forderungen konkretisieren und weiterentwickeln.

Wir werden uns in einer Woche am **Dienstag, den 20. Januar, um 12 Uhr im Audimax** wieder treffen, um in **Auswertung der zurückliegenden Aktivitäten das weitere Vorgehen** zu beraten.

weiterer Beschluß:

Der Hochschulrat wird aufgefordert geschlossen zurückzutreten.

V.i.S.d.P.: R. Jacobsohn, A. Post-Martens, SP-Präsidium, AStA-Trakt, VMP5, 20146 HH